

Überblick zu wichtigen rechtlichen Entwicklungen in der Tschechischen Republik, der Slowakei und der EU

Juni 2025

Tschechische Republik

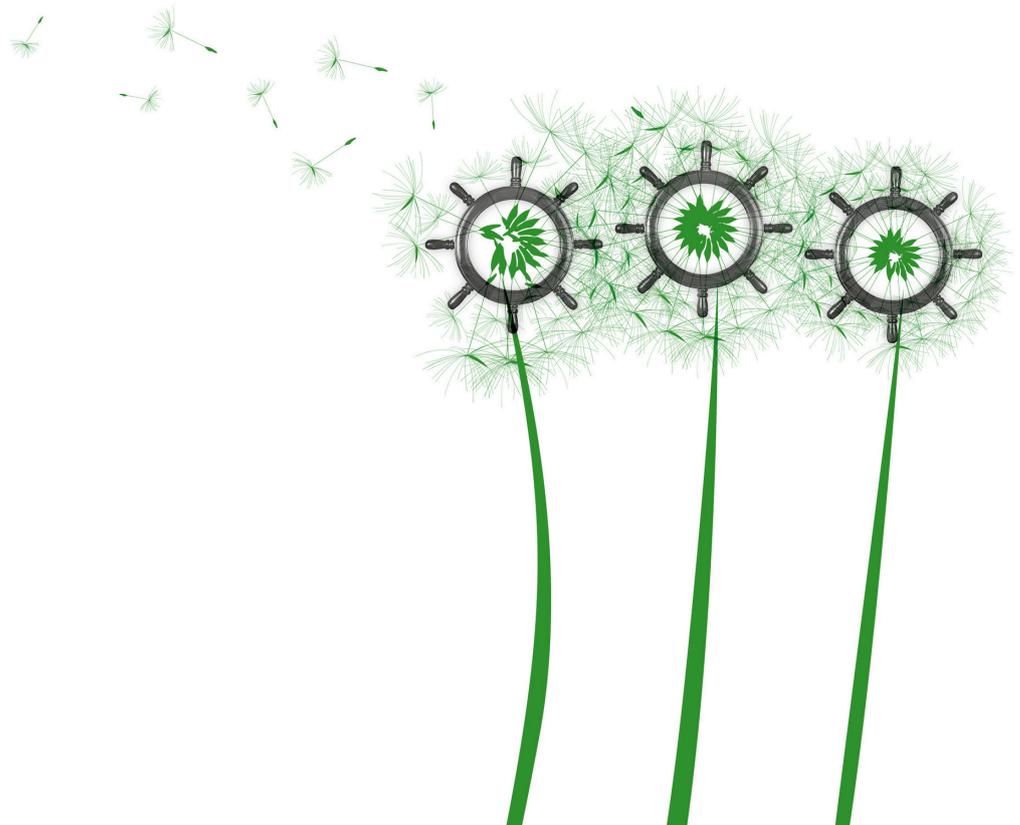
- Neue Regelung der digitalen Finanzen und der Krypto-Assets
- Räumung eines unkooperativen Mieters

Slowakei

- Änderungen bei den Baugenehmigungen ab 1. April 2025
- Neue Entwicklungen in der AML-Gesetzgebung

Europäische Union

- Neue Anforderungen für E-Shop-Betreiber
- Omnibus - die bedeutendste Überarbeitung der ESG-Vorschriften seit ihrer Einführung
- Und andere juristische Neuigkeiten



Tschechische Republik

Änderungen beim Arbeitsförderungsgesetz und andere Maßnahmen zur Stärkung der sog. Flexicurity

Die mit der flexiblen Änderung des tschechischen Arbeitsgesetzbuches verbundene Stärkung der Flexibilität soll die Arbeitnehmer für die Maßnahmen zur Stärkung der Flexicurity in der gleichzeitig verabschiedeten Änderung des Arbeitsförderungsgesetzes entschädigen. Dazu gehört insbesondere die Erhöhung des Höchstbetrags des Arbeitslosengeldes (vom 0,58-fachen auf das 0,8-fache des Durchschnittslohns), die Erhöhung der Unterstützung in den ersten beiden Monaten der Arbeitslosigkeit (von 65 % auf 80 % des monatlichen Nettoverdienstes), die Gewährung von Leistungen für Personen über 52 Jahre oder die Steigerung der Attraktivität von Umschulungen. Schließlich wird die Kürzung des Unterstützungsbetrags abgeschafft für Arbeitnehmer, die ihren Arbeitsplatz aus eigenem Antrieb oder ohne schwerwiegende Gründe verlassen haben. Diese Maßnahmen werden größtenteils ab dem 1. Januar 2026 in Kraft treten.

Radek Matouš, Partner

Die Stellung des Verbrauchers im Vertragsverhältnis

Die Stellung des Verbrauchers hängt nicht von seinen Kenntnissen, seiner Erfahrung, dem Risiko, das er eingeht, oder der Häufigkeit oder dem Umfang der Geschäfte ab. Eine Person ist auch dann ein Verbraucher, wenn sie ein Experte auf diesem Gebiet ist. Ein Verbraucher kann nicht nur eine natürliche Person sein, die nicht unternehmerisch tätig ist, sondern sogar eine natürliche Person - ein Unternehmer -, wenn er außerhalb seines Unternehmens handelt.

Dominika Veselá, Partner

Die meisten Compliance-Programme halten den Anforderungen der Wettbewerbsbehörde nicht stand

Seit mehr als einem Jahr ist die verschärfte Bekanntmachung über Compliance-Programme in Kraft getreten, die unter anderem eine individuelle Risikoanalyse vorschreibt. Ohne diese wird das Programm nicht als wirksam anerkannt und hat daher nicht die erwartete Wirkung, insbesondere nicht den Ausschluss der strafrechtlichen Verantwortlichkeit der Unternehmensleitung und die Verringerung der Geldbußen.

Michal Hrabovský, Partner

Flexi-Novelle des Arbeitsgesetzbuches

Verlängerung der Probezeit, Verkürzung der Kündigungsfrist in einigen Fällen, die Annullierung der medizinischen Erstuntersuchung in 1. Kategorie. Diese und andere wichtige Änderungen werden durch die so genannte Flexi-Novelle des Arbeitsgesetzbuches eingeführt, die am 1. Juni 2025 in Kraft tritt.

Ondřej Šudoma, Counsel

Tschechische Republik

Geschäftsgegenstand in der Gründungsakte und im Handelsregister nach neuester Rechtsprechung

Der Unternehmensgegenstand „Herstellung, Handel und Dienstleistungen, die in den Anhängen 1 bis 3 der Gewerbeordnung nicht angeführt sind, im Umfang der Tätigkeitsbereiche der freien Gewerbe Nr. 1–81 (also ohne den Bereich Nr. 82 – Herstellung, Handel und Dienstleistungen, anderweitig nicht erfasst)“, wie er im Gründungsrechtsakt (Gesellschaftsvertrag oder Gründungsurkunde) angegeben ist, ist nicht unbestimmt. Im Handelsregister ist jedoch der gesamte Unternehmensgegenstand in Übereinstimmung mit dem Gründungsrechtsakt einzutragen, d. h. einschließlich der ausdrücklichen Angabe der einzelnen Bereiche des freien Gewerbes – also ohne Verweise z. B. auf die Bereiche des freien Gewerbes gemäß der Gewerbeordnung, auf andere Dokumente oder Register.

Lola Florianová, Rechtsanwältin

Neue Regelung der digitalen Finanzwelt und der Krypto-Assets

Ab Februar 2025 haben sich die Regeln für Geschäfte mit digitalen Finanzen und Kryptoassets geändert. Die neuen Rechtsvorschriften sehen besondere Verpflichtungen für Kryptowährungsdienstleister, die Aufsicht durch die Tschechische Nationalbank, eine neue Steuerregelung für Kryptowährungen oder Cybersicherheitsverpflichtungen für Finanzinstitute und andere damit verbundene Änderungen vor. Diese Vorschriften betreffen daher nicht nur große Akteure, sondern auch kleine Unternehmen oder Kunden.

Vojtěch Laga, Rechtsanwalt

Das Abheben von Bargeld und dessen Nichtverbuchung in den Büchern des Unternehmens bedeutet nicht unbedingt einen Schaden

Der Oberste Gerichtshof hat entschieden, dass eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung keinen Schaden erleidet, wenn ihr Geschäftsführer Geld, das der Gesellschaft gehört, abgehoben hat und es dann nicht in die Kasse einzahlt und keinen Eintrag in der Buchhaltung macht. Entscheidend ist, dass die Mittel anschließend zum Betrieb des Unternehmens verwendet werden. Nach Ansicht des Obersten Gerichtshofs ist die Festlegung der Art und Weise, wie das Unternehmen über die Mittel verfügen wird, eine Aufgabe der Unternehmensführung.

Barbora Bugová, Rechtsanwalt

Aktien, die ohne die Unterschrift eines oder mehrerer Mitglieder des Verwaltungsrats ausgegeben werden

Eine Aktie, die nicht von einem oder mehreren Mitgliedern des Verwaltungsrats unterzeichnet ist, ist eine nicht gültig ausgegebene Aktie. Es handelt sich also um eine eingezahlte, aber nicht ausgegebene Aktie im Sinne von Abschnitt 256(3) des Gesetzes über Handelsgesellschaften und Kapitalgesellschaften. Die Rechte und Pflichten des Aktionärs aus der nicht ausgegebenen Aktie werden durch einen schriftlichen Vertrag über die Übertragung der eingezahlten Aktie übertragen, während die fehlerhafte - ordnungsgemäß nicht ausgegebene - Aktie aus dem Verkehr gezogen und durch eine neue Aktie ersetzt wird, die den gesetzlichen Anforderungen an ihre Unterzeichnung entspricht. Auch wenn der Erwerber gutgläubig ist, handelt es sich nicht um eine ausgegebene Aktie.

Monika Dubská, Rechtsanwalt

Tschechische Republik

Änderung des Anwaltstarifs

Am 1. Januar 2025 ist eine Novelle des Rechtsanwaltstarifs in Kraft getreten, die erstmals seit 2006 eine umfassende Valorisierung der außervertraglichen Honorare der Rechtsanwälte für juristische Dienstleistungen vorsieht. Aufgrund der Inflation werden die außervertraglichen Honorare jedoch auch nach dieser Valorisierung wahrscheinlich nicht das reale 2006 Niveau erreichen. Die Valorisierung der außervertraglichen Honorare wird sich auch auf die Mandanten auswirken, die vertragliche Honorare für die Dienstleistungen von Rechtsanwälten zahlen, da die Höhe des außervertraglichen Honorars ausschlaggebend für die Höhe der Entschädigung ist, die der unterlegene für die Prozesskosten erhält.

Vladimír Foldyna, Rechtsanwalt

Novelle des Anwaltsgesetzes und der anwaltlichen Treuhandkonten

Die Novelle des Anwaltsgesetzes stärkt den Schutz vor Veruntreuung von Geldern, die in der Verwahrung von Rechtsanwälten sind. Mit der Novelle werden neue Informationspflichten für Anwälte eingeführt, vor allem aber führt es automatisierte Kundeninformationen von der Bank über die Bewegungen der Gelder auf den Bankkonten ein, auf denen die dem Anwalt anvertrauten Gelder deponiert sind.

Petr Kučera, Rechtsanwalt

Räumung eines unkooperativen Mieters

In der Abgeordnetenversammlung wird ein Gesetzentwurf erörtert, mit dem ab Juli 2025 ein Verfahren für die Räumung einer Immobilie eingeführt werden soll. Anstelle einer traditionellen Räumungsklage oder einer notariellen Urkunde mit einer Vollstreckungserlaubnis würde ein Räumungsbefehl zur Verfügung stehen, um unkooperative Mieter schneller aus ihren Wohnungen und Häusern zu bringen.

Adam Šimice, Rechtsanwalt

Gesetz über Zugänglichkeitsanforderungen für bestimmte Produkte und Dienstleistungen

Ab Juni 2025 tritt das Gesetz über die Anforderungen an die Zugänglichkeit bestimmter Produkte und Dienstleistungen in Kraft (28. Juni 2025). Das Gesetz verpflichtet die Hersteller ausgewählter Produkte (z. B. E-Book-Reader, bestimmte Selbstbedienungsterminals, Computer, Tablets, Mobiltelefone, Geräte für den Zugang zu audiovisuellen Mediendiensten usw.) und Dienstleistungen (z. B. Finanzdienstleistungen, elektronische Kommunikationsdienste, Dienste für den Zugang zu audiovisuellen Mediendiensten, Verkehrsdienste usw.), ihre Zugänglichkeit zu gewährleisten, indem sie insbesondere die Nutzung für mehr als einen Zweck ermöglichen.

Barbora Waczulík, Rechtsanwältin

Tschechische Republik

Diskriminierung bei der Entlohnung von Arbeitnehmern

Der Oberste Gerichtshof betonte erneut, dass ein Arbeitgeber nicht berechtigt ist, verschiedenen Arbeitnehmern unterschiedliche Löhne für dieselbe Arbeit zu zahlen, es sei denn, es gibt einen objektiven und legitimen Grund für eine solche unterschiedliche Behandlung. Regionale Unterschiede, wie z. B. die höheren Lebenshaltungskosten in Prag im Vergleich zu anderen Gebieten, können für sich genommen keine höheren Löhne für Arbeitnehmer in diesen Regionen rechtfertigen, wenn die geleistete Arbeit von gleicher Komplexität, Verantwortung und Schwierigkeit ist.

Ondřej Šudoma, Counsel

Debora Cibulková, Konzipientin

Umfang der Dienstbarkeit eines Fußweges

Soll eine als persönlich vereinbarte Dienstbarkeit eines Fußweges die Nutzung eines Grundstücks ermöglichen, das dem gehört, so schließt die Dienstbarkeit das Recht der Mieter dieses Grundstücks oder eines Teils davon ein, den Weg zu nutzen, sofern nichts anderes vereinbart oder die Dienstbarkeit dadurch erweitert wird.

Vladimír Foldyna, Rechtsanwalt



Slowakei

Eine Vertragsstrafe, die sich aus den Allgemeinen Geschäftsbedingungen ergibt, gilt als schriftliche Vereinbarung über eine Vertragsstrafe

Oberster Gerichtshof der Slowakischen Republik: Eine Vertragsstrafe gilt als schriftlich vereinbart, wenn sie in den Allgemeinen Geschäftsbedingungen einer der Vertragsparteien enthalten ist und die andere Vertragspartei in dem schriftlichen Vertrag erklärt, dass sie den Inhalt der Geschäftsbedingungen gelesen hat.

Filip Kozoň, Rechtsanwalt

Überstundenarbeit im Kontext der Rechtsprechung des Obersten Gerichtshofs der Slowakischen Republik

Der Oberste Gerichtshof der Slowakischen Republik hat in seiner Entscheidung den Begriff der Überstundenarbeit über das Arbeitsgesetzbuch hinaus erweitert, demzufolge Überstundenarbeit auf Anordnung oder mit Zustimmung des Arbeitgebers geleistet wird. Nach dieser Entscheidung reicht es aus, dass der Arbeitgeber von der Überstundenarbeit Kenntnis hat und die Ergebnisse der Arbeit des Arbeitnehmers übernimmt und nutzt. Der Arbeitnehmer hat Anspruch auf Lohn und Lohnersatz für die geleisteten Überstunden.

Ivana Lepeňová, Konzipientin

Entschädigung für die Bereitstellung von Informationen nach dem Informationsgesetz vorübergehend ausgesetzt

Das Verfassungsgericht setzte die Wirksamkeit der Änderung des Informationsgesetzes aus, die die Einreichung eines Antrags für Informationen verbietet. Die Erhebung von Gebühren für die Bereitstellung von Informationen durch die wird daher vorübergehend ausgesetzt, bis das Verfassungsgericht über die Zulässigkeit solcher Gebühren entscheidet.

Ján Macej, Rechtsanwalt

Neue Entwicklungen in der AML-Gesetzgebung

Die Novelle des AML-Gesetzes (Gesetz Nr. 297/2008), die am 15. Januar 2025 in Kraft getreten ist, brachte Änderungen wie die Erweiterung des Kreises der Verpflichteten um die Anbieter von Kryptoassets und die Änderung der Definitionen der Endnutzer von Leistungen. Die Novelle berücksichtigt auch detailliertere Anforderungen an die Identifizierung natürlicher und juristischer Personen, einschließlich der Adresse des tatsächlichen Geschäftssitzes. Die neuen Verpflichtungen beziehen sich auch auf Kryptowährungen, verstärkte Sorgfaltspflichten, die Erstellung von Risikobewertungen und die Einhaltung des EU-Rechts.

Simona Makúchová, Rechtsanwalt

Erhöhung des Essenzuschusses

Mit Wirkung vom 1. April 2025 wird der Betrag der Verpflegungspauschale für Inlandsdienstreisen für die Zeitzone von 5 bis 12 Stunden auf 8,80 EUR erhöht. Der Höchstbetrag der Verpflegungszulage des Arbeitgebers wird auf 4,84 EUR (55 % von 8,80 EUR) festgesetzt.

Martina Ovečková, Konzipientin

Slowakei

Die Auswirkungen der neuen Transaktionssteuer auf Einlagen in Kapitalfonds

Wird eine Kapitaleinlage mit einer Forderung gegenüber der verrechnet, handelt es sich um eine Umqualifizierung der Forderung in eine Forderung, nicht aber um eine Weiterverrechnung von Kosten, d.h. der oben genannte Buchungsvorgang und die damit verbundene Verrechnung sollten nicht der Transaktionssteuer unterliegen.

Štefan Palkovič, Rechtsanwalt

Zuschuss für sportliche Aktivitäten des Kindes

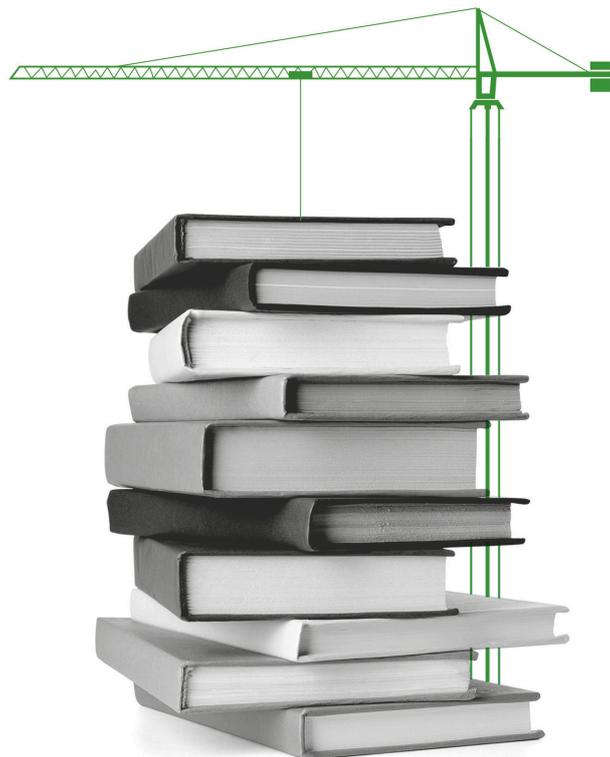
Wenn das Kind eines Arbeitnehmers in einer im Register der juristischen Personen des Sports eingetragenen Sportorganisation Sport treibt, ist ein Arbeitgeber, der mehr als 49 Arbeitnehmer beschäftigt, verpflichtet, auf Antrag eines Arbeitnehmers, der seit mindestens zwei Jahren bei ihm beschäftigt ist, einen Beitrag zu leisten, und 55 % der zuschussfähigen Ausgaben bis zu einem Höchstbetrag von 275 EUR pro Kalenderjahr für alle Kinder des Arbeitnehmers. Die Anzahl der Arbeitnehmer entspricht ihrer durchschnittlichen Anzahl im Register für das vorangegangene Jahr.

Jana Sapakova, Partner

Änderungen bei den Baugenehmigungen ab 1. April 2025

Die Baugenehmigung sollte durch ein einziges Verfahren beschleunigt werden vor der Baubehörde, d. h. im Bauplanverfahren. Es wird die Fiktion einer befürwortenden Stellungnahme eingeführt, wenn die betreffende Behörde nicht innerhalb der Stellung nimmt. Es wird auch möglich sein, einen Antrag auf elektronischem Wege einzureichen.

Annamária Tóthová, Partner



Europäische Union

Neue Anforderungen für E-Shop-Betreiber

Die neue EU-Verordnung über die allgemeine Produktsicherheit (GPSR) verpflichtet die Betreiber von E-Shops, den Verbrauchern detailliertere Informationen über die Produktsicherheit zur Verfügung zu stellen, einschließlich des Namens und der Kontaktangaben des Herstellers. Diese Anforderung kann im Hinblick auf den Schutz des Geschäftsgeheimnisses problematisch sein, insbesondere wenn es um Einzelheiten der Lieferkette geht. Dies kann die Wettbewerbsfähigkeit von E-Shops grundlegend untergraben, da die Verbraucher in vielen Fällen in der Lage sein werden, die Verkäufer direkt zu kontaktieren.

Jaroslav Tajbr, Partner

Omnibus - die bedeutendste Überarbeitung der ESG-Vorschriften seit ihrer Einführung

Ende Februar 2025 veröffentlichte die Europäische Kommission die bisher bedeutendste Überarbeitung der ESG-Vorschriften seit ihrer Einführung, das sogenannte Omnibus-Paket. Es zielt darauf ab, den Verwaltungsaufwand für Unternehmen zu verringern und die EU-Vorschriften zu vereinfachen. Der Text des Omnibus-Pakets ist jedoch noch nicht endgültig und daher sollten sich Unternehmen nicht darauf verlassen, dass ihre bestehenden Verpflichtungen aus den ESG-Vorschriften aufgehoben werden.

Sylvia Berová, Rechtsanwältin

Die EU setzt einen neuen Kurs: ein Kompass für Wettbewerbsfähigkeit und nachhaltigen Wohlstand

Die Europäische Kommission hat eine neue Initiative zur Wiederherstellung von Wettbewerbsfähigkeit und Wohlstand vorgestellt, die stützt sich auf drei Säulen: Schließen der Innovationslücke, eine gemeinsame Agenda für Dekarbonisierung und Wettbewerbsfähigkeit, Verringerung der Abhängigkeit und Erhöhung der Sicherheit.

Katarína Brath Liebscherová, Rechtsanwältin

Abfallwirtschaft in Kroatien

Der Gerichtshof verhängt gegen Kroatien eine Geldstrafe wegen unsachgemäßer Bewirtschaftung von Deponieabfällen, die eine Gefahr für die menschliche Gesundheit und die Umwelt darstellen.

Bernhard Hager, Managing Partner